

## **Antrag: SPD Strategie gegen die „neue Rechte“**

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

### Antragstellung:

Stephanie Albrecht, Walter Birkhan, Olaf Hahn, Niels Klabunde, Knut Lambertin, Bertram Schwarz, Fabian Weißbarth, Tillmann Wormuth.

In dem kontinuierlichen Prozess der politischen Formierung unserer Gesellschaft zeigt sich derzeit eine neue Sortierung der Rechten von nationalkonservativen bis zu rechtsextremen Kräften. Sichtbare Zeichen dafür sind die Entstehung der PEGIDA Bewegung sowie die Bildung und das Erstarken der AfD, die nicht nur als temporäre rechtspopulistische und fremdenfeindliche Bewegungen anzusehen sind, sondern als ein Symptom einer sich auch mittelfristig verstärkenden „Neuen Rechten“. Zugleich ist eine politische Radikalisierung und Ausgrenzungstendenz zu beobachten, die unsere Gesellschaft vor eine Zerreißprobe stellen und der sich die SPD entgegenstellen muss. Wir sehen PEGIDA und die Neue Rechte als Gefahr für unsere pluralistische Demokratie und die Europäische Idee, die verschiedene Sprachen, Ethnien und Religionen unter der Idee von Demokratie, Frieden und Wohlstand vereint.

Die SPD ist gefordert, sich der politischen Auseinandersetzung mit allen Dimensionen von rechtspopulistischen, rechtsextremen, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft zu stellen und politische Antworten zu finden.

- Die Parteivorstand muss einen Diskussionsprozess in den Parteigliederungen in Gang setzen, mit dem Ziel, die Entstehungsgründe der rechtspopulistischen Bewegung und Motive der Organisatoren und Anhängerschaft zu analysieren, eine politische Strategie gegen diese Bewegung zu formulieren und in praktische Politik um zu setzen. Dabei ist es bedeutsam, die Motivlagen der Anhängerschaft zu differenzieren, Gründe sozialer Ungerechtigkeiten auf zu spüren, Sorgen ernst zu nehmen und geeignete Antworten der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik zu finden.
- Aus dieser Diskussion muss der Parteivorstand eine geeignete politische Argumentationslinie entwickeln und in der Mitgliedschaft verankern. Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Gliederungen einen Argumentationsleitfaden und weiteres Informationsmaterial für die Arbeit vor Ort zur Verfügung zu stellen.
- Die sozialdemokratischen Bundesminister/innen sowie die Landesregierungen mit SPD-Beteiligung werden aufgefordert, politische Bildung in den Schulen und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung intensiv zu stärken, mit dem Ziel jeder Form von Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenhass, Diskriminierung, Nationalismus und Extremismus entgegenzuwirken.
- Dieses Ziel vor Augen, wird der Parteivorstand aufgefordert, gemeinsam mit den Parteigliederungen Kriterien und Handlungskonzepte für breite demokratische Bündnisse zur Erreichung dieses Ziels zu entwickeln und um zu setzen, um somit in der Öffentlichkeit als die zivilgesellschaftliche Kraft gegen diese Tendenzen wahrgenommen zu werden. Insbesondere ist eine enge Zusammenarbeit an zu streben mit der Gewerkschaftsbewegung und anderen demokratischen Parteien, die sich zur neuen Rechten abgrenzen.

- Das Eintreten für religiöse und kulturelle Vielfalt bedeutet nicht, Gefahren für die Demokratie zu ignorieren, die sich aus starker Beeinflussung insbesondere Jugendlicher durch extreme Gruppierungen ergeben, die sich den Respekt vor Religionsgemeinschaften zunutze machen, um unter dem Deckmantel der Religion demokratiefeindliche und gewaltverherrlichende Agitation zu betreiben wie dies z. B. bei radikalislamistischen Gruppen der Fall ist. Die SPD wendet sich insbesondere auch gegen antisemitische, frauenfeindliche und homophobe Tendenzen, wenn sie von Religionsgemeinschaften gefördert und unterstützt werden. Daher wird der Parteivorstand aufgefordert, in diesem Sinne einen Dialog mit den Religionsgemeinschaften unter Einschluss der islamischen Gemeinden in Deutschland zu führen und gemeinsam gegen Radikalisierung und Ausgrenzung an zu gehen, die demokratische Willensbildung zu fördern und die Freiheit religiöser Betätigung zu schützen.
- Des Weiteren muss der Parteivorstand Konzepte für Parteigliederungen und Handlungskonzepte für Bund, Länder und Kommunen entwickeln, die antifaschistische Erinnerungskultur in Deutschland zu stärken, zum einen durch entsprechendes Gedenken in der Sozialdemokratie und seitens der staatlichen Ebenen sowie zum anderen durch höhere Mittel für (binnen)demokratische Verbände, insbesondere für die Kinder- und Jugendverbände.

Weiterleitung:

Landesparteitag,  
Bundeskongress,  
Bundesparteitag

Begründung:

Mit den Montagsdemonstrationen der PEGIDA in Dresden, hat sich eine Bewegung den Weg in die Öffentlichkeit gebahnt, die einen Stopp der Zuwanderung und die Ausweisung von Asylbewerbern fordert und sich mit Parolen aus dem rechtsextremen Milieu gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlandes wendet. Es gelang den Organisatoren, mit der Anti-Islamisierungsforderung eine vereinende Formel als politisches Vehikel zu finden, die geschickt latent vorhandene Ängste und Vorurteile instrumentalisiert, sich als Retter anbietet und damit eine beachtliche Zahl von Anhängern und besorgten Bürgern für die wiederholte Teilnahme an Demonstrationen gewinnen konnte. Diese Demonstrationen werden von einigen der Organisatoren genutzt, um rechtsextremes Gedankengut zu propagieren unter Vereinnahmung der Motive der friedlichen Revolution in der DDR mit der Parole „Wir sind das Volk“.

Dabei sind Unterstützer dieser Bewegung keineswegs homogen in ihrer politischen Ausrichtung und Haltung. Hier artikuliert sich offenbar eine diffuse Wut auf die „Kompromisspolitik“ etablierter Parteien, die sich aus unterschiedlichen Quellen, sei es Abstiegsängsten, Verschwörungstheorien, Ressentiments und das „Dagegensein“ als Ausdruck des Protestes gegen demokratischen Diskurs und die politisch religiöse Toleranz. Damit stellt sich die Bewegung offen gegen eine tolerante, integrative, partizipative und emanzipatorische Gesellschaftsentwicklung. Mit der AfD ist schließlich eine neue konservative Partei im Entstehen, die politisch unzufriedene Bürger am rechten Rand als Mitglieder gewinnen will.

Dass sich in unserer politischen Landschaft rechtspopulistische Bewegungen politisieren, sollte in einem demokratisch verfassten Staat wie der Bundesrepublik Deutschland keine Gefahrenlage

darstellen. Gleichwohl verdienen sie höchste politische Wachsamkeit der demokratischen Kräfte.

Der ebenfalls zu beobachtende Anstieg antisemitischer Übergriffe - auch in Berlin - nimmt uns in die Pflicht, die offene pluralistische Gesellschaft mit ihrer religiösen und ethnischen Vielfalt konsequent zu verteidigen.

PEGIDA hat mit den Montagsdemonstrationen den Anstoß gegeben für ähnliche Bewegungen in anderen deutschen Städten, die teils offen, teils verdeckt, Anhänger völkischen und rechts-radikalen Gedankengutes mobilisiert und dieses konsensfähig machen will. PEGIDA leistet damit einer Ausgrenzung speziell gegenüber Ausländern und Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund Vorschub, fördert die Gewaltbereitschaft und rassistisch motivierte Ausschreitungen. In letzter Konsequenz führt dies zu einer tiefgreifenden sozialen Spaltung und zur Ablehnung und Ausgrenzung von Minderheiten allgemein. Auch wenn die PEGIDA selbst als Demonstrationsbewegung an ihren eigenen Widersprüchen scheitern und an Bedeutung verlieren mag, bleibt ein latent vorhandenes Potential an politikentfremdeten Bürgerinnen und Bürgern, das von neu entstehenden Parteien wie z.B. der AfD aufgesogen wird oder sich neue politische Kanäle und Ventile suchen wird.

In diesem Zusammenhang steht auch die Pankower SPD weiter vor den Herausforderungen der Auseinandersetzung mit der NPD und anderen Ablegern rechtspopulistischer und menschenfeindlicher Ideologie. Wir müssen auch den innerparteilichen Diskurs über die Gefahr dieser „Bewegungen“ für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie weiter intensivieren. Die SPD ist daher gefordert, sich weiter intensiv der politischen Auseinandersetzung mit dieser rechtspopulistischen Bewegung zu stellen und politische Antworten zu finden. Die Menschen müssen wieder für die Sache der Sozialen Demokratie gewonnen werden.